

Antrag

Hannover, den 29.09.2026

Fraktion der CDU

Gemeinsame Initiative der Autoländer konsequent vorantreiben - Wettbewerbsfähigkeit stärken, Technologieoffenheit ermöglichen und Zukunftschancen für Niedersachsens Automobilindustrie sichern - die rot-grüne Uneinigkeit beenden!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Automobilindustrie ist eine der zentralen Säulen des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen. Volkswagen und eine Vielzahl großer und mittelständischer Zulieferunternehmen stehen für industrielle Wertschöpfung, hochqualifizierte Arbeitsplätze, Innovation und wirtschaftliche Stärke in zahlreichen Regionen unseres Landes. Zugleich befindet sich die Automobilwirtschaft in einem tiefgreifenden Transformationsprozess. Der internationale Wettbewerbsdruck nimmt zu, neue Technologien verändern Märkte und Wertschöpfungsketten, hohe Energie- und Standortkosten belasten die Unternehmen und insbesondere der zunehmende Wettbewerb mit chinesischen Herstellern stellt die europäische Automobilindustrie vor erhebliche Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund ist es ein wichtiges Signal, dass sich die Ministerpräsidenten der drei großen deutschen Autoländer Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen parteiübergreifend auf einen gemeinsamen industriepolitischen Kurs verständigt haben. Die Regierungschefs haben mit ihrem am 17. September 2026 veröffentlichten gemeinsamen Papier „Entschlossen handeln, fairen Wettbewerb sichern, Strukturbrüche vermeiden“¹ konkrete Forderungen an die Bundesregierung und die Europäische Union formuliert und auch eigene Maßnahmen der Länder beschrieben. Trotz unterschiedlicher parteipolitischer Ausgangspositionen besteht damit Einigkeit darüber, dass Wettbewerbsfähigkeit, industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung stärker in den Mittelpunkt der Automobilpolitik gerückt werden müssen.

Dieser parteiübergreifende Schulterschluss ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil er sich nicht auf allgemeine Bekenntnisse zur Automobilindustrie beschränkt. Die drei Ministerpräsidenten sprechen sich u. a. für wettbewerbsfähigere Energiepreise, einen deutlichen Abbau von Bürokratie, technologieoffenere und realistischere europäische CO₂-Flottenvorgaben, die weitere Nutzung von Plug-in-Hybriden und Range Extendern, eine stärkere Berücksichtigung erneuerbarer Kraftstoffe, bessere Rahmenbedingungen für Batterietechnologie, Software und autonomes Fahren sowie einen wirksameren Schutz vor unfairen Wettbewerbsbedingungen aus. Für das Jahr 2035 wird ausdrücklich eine Absenkung des CO₂-Minderungsziels der europäischen Flottenregulierung auf 90 % gefordert.

Demgegenüber hat die Vorsitzende der niedersächsischen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine Abkehr vom bisherigen Verbrenner-Aus im September 2025 als „rückwärtsgewandt“ und als „absolut falsche Debatte“ bezeichnet und erklärte: „Das Ziel 2035 steht.“² Auch der grüne niedersächsische Umweltminister erklärte Ende 2025, er halte eine Abkehr vom Verbrenner-Aus für

¹ <https://www.bayern.de/ja-zum-auto-gemeinsames-papier-der-autolaender-bayern-niedersachsen-und-baden-wuerttemberg-entschlossen-handeln-fairen-wettbewerb-sichern-strukturbrueche-vermeiden/?seite=2453>

² <https://www.zeit.de/news/2025-09/19/kura-findet-abkehr-von-verbrenner-aus-rueckwaertsgewandt>

falsch und wolle, dass ab 2035 nur emissionsfreie Fahrzeuge auf den Markt kommen.³ Zielvorgaben dürften nach Ansicht des grünen Umweltministers nicht ständig aufgeweicht werden.⁴

Mit der Unterzeichnung des gemeinsamen Autoländer-Papiers hat Ministerpräsident Lies damit Forderungen mitgetragen, die in zentralen Punkten von den bislang öffentlich vertretenen Positionen des grünen Koalitionspartners abweichen.

Für Niedersachsen muss aus dieser gemeinsamen Positionierung der drei Ministerpräsidenten nun konkretes Regierungshandeln folgen. Wer auf Bundes- und europäischer Ebene wettbewerbsfähigere Rahmenbedingungen, Technologieoffenheit und weniger Bürokratie fordert, muss diese Grundsätze auch als Landesregierung im eigenen Land konsequent vertreten und umsetzen. Die gemeinsame Initiative der Autoländer sollte deshalb Maßstab für die weitere Automobil- und Industriepolitik der rot-grünen Landesregierung sein.

Der Landtag stellt fest:

- Niedersachsen ist als Sitz von Volkswagen und einer Vielzahl von Zulieferunternehmen in besonderer Weise auf eine wettbewerbsfähige und innovative Automobilindustrie angewiesen.
- Der gemeinsame Vorstoß der Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen stellt einen bemerkenswerten parteiübergreifenden Konsens zur Stärkung der deutschen und europäischen Automobilindustrie dar.
- Die konkreten Vorschläge zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen, zur technologieoffeneren Ausgestaltung der europäischen Regulierung und zur Sicherung industrieller Wertschöpfung sind zu begrüßen.
- Die Elektromobilität wird für die zukünftige Automobilwirtschaft eine zentrale Rolle spielen. Zugleich sind realistische Übergänge und technologieoffene Rahmenbedingungen erforderlich, damit Wertschöpfung und Beschäftigung erhalten bleiben und Unternehmen auf unterschiedliche Entwicklungen der weltweiten Absatzmärkte reagieren können.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die in dem gemeinsamen Papier der Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen vereinbarten Positionen geschlossen zur Grundlage ihrer Automobil- und Industriepolitik zu machen und diese auf Bundes- und europäischer Ebene konsequent zu vertreten. Dies gilt sowohl für das Handeln Niedersachsens gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union als auch für die politischen Rahmenbedingungen, die das Land selbst gestalten kann,
2. sich gemeinsam mit den anderen Autoländern für einen fairen internationalen Wettbewerb einzusetzen und auf europäischer Ebene
 - a. bestehende handelspolitische Schutzinstrumente gegen unfaire Subventionierung konsequent anzuwenden,
 - b. Antisubventionsuntersuchungen auch auf Plug-in-Hybride auszuweiten,
 - c. praktikable und maßvolle Local-Content- beziehungsweise „Made with Europe“-Regelungen zu unterstützen und
 - d. zugleich die Diversifizierung von Absatzmärkten und den Abschluss von Handelsabkommen mit strategischen Partnern voranzutreiben,
3. sich gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union für eine realistische und technologieoffenere Ausgestaltung der europäischen CO₂-Flottenregulierung einzusetzen und dabei insbesondere darauf hinzuwirken,

³ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/klimapolitik-und-autoindustrie-niedersachsen-setzt-eu-unter-druck%2Cgruenerstahl-100.html>

⁴ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/aus-fuers-verbrenner-aus-reaktionen-zwischen-freude-und-frust,verbrenner-110.html>

- a. dass diese so flexibilisiert und technologieoffener ausgestaltet wird, dass hocheffiziente Verbrenner, Plug-in-Hybride und Range Extender als Übergangstechnologien weiterhin eingesetzt werden können,
 - b. das Review der CO₂-Regulierung für schwere Nutzfahrzeuge vorzuziehen und regulatorische Vorgaben stärker mit dem tatsächlichen Ausbau der Lade- und Wasserstoffinfrastruktur zu verzahnen,
 - c. dass Fahrzeuge, die ausschließlich mit erneuerbaren Kraftstoffen betrieben werden, im Rahmen der europäischen CO₂-Flottenregulierung unverzüglich als Nullemissionsfahrzeuge angerechnet werden können,
 - d. dass die geplante Verschärfung des Utility Factors für Plug-in-Hybride ab 2027 ausgesetzt wird,
4. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, das Beihilferecht so weiterzuentwickeln, dass auch etablierte Industrieregionen und bestehende Automobilstandorte bei Transformationsinvestitionen und Investitionen in Spitzentechnologien angemessen unterstützt werden können,
 5. gemeinsam mit der Bundesregierung auf eine weitere Senkung der Energie- und Stromkosten für die Industrie hinzuwirken und sich insbesondere für geringere Netzentgelte, eine Absenkung der Stromsteuer sowie wettbewerbsfähige Regelungen beim Industriestrompreis und bei der Strompreiskompensation einzusetzen,
 6. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, Kaufanreize für Elektromobilität künftig auch für gebrauchte Elektrofahrzeuge zu öffnen,
 7. sich gegenüber der Bundesregierung für verstärkte Investitionen in Schienen, Brücken, Straßen, Wasserstraßen und Glasfasernetze einzusetzen und zugleich die Investitionen in die Verkehrs- und digitale Infrastruktur Niedersachsens im Rahmen der eigenen Zuständigkeiten, insbesondere in die Sanierung und den Ausbau von Landesstraßen und Brücken, voranzutreiben,
 8. den Ausbau einer leistungsfähigen Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur in Niedersachsen insbesondere im ländlichen Raum und für schwere Nutzfahrzeuge weiter voranzutreiben und die Rahmenbedingungen für netzdienliches Laden zu verbessern,
 9. Genehmigungs- und Förderverfahren insbesondere für Ladeinfrastruktur, Energie- und Industrieprojekte weiter zu digitalisieren, zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie überprüfbare Ziele für die Verkürzung der jeweiligen Verfahrensdauer festzulegen,
 10. die im gemeinsamen Papier zugesagte Entlastung von Unternehmen von Berichts-, Dokumentations-, Nachweis- und Evaluationspflichten in Niedersachsen konsequent umzusetzen, das angekündigte Dokumentationsmoratorium vollständig auszuschöpfen, nicht zwingend erforderliche landesrechtliche Pflichten bis Ende 2026 abzuschaffen,
 11. dem Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung bis zum Ende des ersten Quartals 2027 über die Umsetzung der gemeinsamen Initiative der drei Autoländer zu berichten und dabei insbesondere darzustellen, welche der gemeinsam vereinbarten Positionen bereits umgesetzt, durch Bundesratsinitiativen oder gegenüber der Europäischen Union eingebracht worden sind und welche weiteren Schritte die Landesregierung beabsichtigt.

Begründung

Die deutsche Automobilindustrie steht unter erheblichem Veränderungs- und Wettbewerbsdruck. Gerade für Niedersachsen sind ihre Wettbewerbsfähigkeit und der Erhalt industrieller Wertschöpfung von herausragender Bedeutung. Die Herausforderungen betreffen nicht allein einzelne Unternehmen. Sie reichen von hohen Energie- und Arbeitskosten über komplexe Genehmigungs- und Berichtspflichten bis hin zum internationalen Wettbewerb, zu neuen technologischen Entwicklungen und zur Ausgestaltung der europäischen Regulierung.

Das gemeinsame Papier der Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen beschreibt diese Herausforderungen umfassend und benennt konkrete Handlungsoptionen. Der

gemeinsam gefundene parteiübergreifende Ansatz verbindet den weiteren Hochlauf der Elektromobilität mit technologieoffeneren Übergängen, besseren Standortbedingungen und einer stärkeren Berücksichtigung industrieller Realitäten.

Ein fairer internationaler Wettbewerb und verlässliche Rahmenbedingungen für industrielle Investitionen sind wesentliche Voraussetzungen für die Zukunft der europäischen Automobilindustrie. Dazu gehören wirksame handelspolitische Schutzinstrumente gegen unfaire Marktverzerrungen ebenso wie eine Weiterentwicklung des europäischen Beihilferechts, damit auch etablierte Industrieregionen und bestehende Automobilstandorte bei Transformationsinvestitionen und Investitionen in Spitzentechnologien angemessen unterstützt werden können.

Für Niedersachsen kommt es nun darauf an, diesen gemeinsamen Anspruch auch in konkretes politisches Handeln zu übersetzen. Die Forderungen dürfen nicht allein an Bundesregierung und Europäische Union adressiert werden. Wo Niedersachsen selbst Einfluss auf Bürokratie, Genehmigungsverfahren, Verkehrs- und digitale Infrastruktur sowie den Ausbau der Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur nehmen kann, muss das Land die selbst formulierten Maßstäbe auch auf die eigene Politik anwenden.

Mit der gemeinsamen Initiative der drei Autoländer liegt ein breiter politischer Konsens für eine wettbewerbsfähige, innovative und beschäftigungssichernde Automobilpolitik vor. Die niedersächsische Landesregierung muss diesen Konsens nutzen, geschlossen vertreten und dafür sorgen, dass aus den gemeinsamen Forderungen konkrete Fortschritte für Unternehmen, Beschäftigte und den Industriestandort Niedersachsen entstehen.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin